



FRIEDEN SCHAFFEN MIT WAFFENEXPORTEN?

**Podiumsdiskussion mit DirektkandidatInnen
für die Bundestagswahl 2017**

19. September, 19.30 Uhr im Gemeindesaal der Evangelischen Gemeinde Idstein

Mit: Martin Rabanus (SPD), Benno Pörtner (Linke), Timo Müller (Die Grünen),
Alexander Müller (FDP), Christine Anderson (AFD), Dr. Bernhard Moltmann
(Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung)

⊗ Liebe Wählerinnen und Wähler,

Deutschland gehört nun schon seit mehreren Jahrzehnten durchgehend zu den fünf größten Exporteuren von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. U-Boote und Kriegsschiffe, Kampffjets und Militärhubschrauber, Panzer und Raketenwerfer, Sturmgewehre und Maschinenpistolen sowie ganze Waffenfabriken werden weltweit in zahlreiche Länder geliefert. Nicht selten sind diese Waffen der Treibstoff von Kriegen und Bürgerkriegen. Kriege und Bürgerkriege wiederum sind eine der Hauptursachen für Flucht und Vertreibung von Millionen von Menschen.



In den Jahren 2015 und 2016 wurden von der Bundesregierung Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern im Wert von 7,86 und 6,88 Milliarden Euro erteilt. Davon entfielen mehr als 50 Prozent auf Exporte in Staaten, die weder der EU noch der NATO angehören oder der NATO gleichgestellte Staaten sind. So erhalten Länder wie Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate Rüstungslieferungen aus Deutschland, obwohl sie die grundlegenden Menschenrechte nicht achten und seit 2015 einen verheerenden Bombenkrieg gegen die jemenitische Bevölkerung führen.



Mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung sprechen sich laut Emnid-Umfragen gegen deutsche Rüstungsexporte aus. Das Grundgesetz verbietet in Artikel 26 (1) alle »Handlungen, die geeignet sind ... das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören«. Die Bundesregierung selbst bekennt sich in ihren »Politischen Grundsätzen für den Export von Rüstungsgütern« zu einer restriktiven Genehmigungspolitik, bei der der Beachtung der Menschenrechte eine besondere Bedeutung zukommen soll. Außerdem sollen Rüstungslieferungen in Staaten außerhalb der NATO und in der NATO gleichgestellte Staaten nur in besonders begründeten Ausnahmefällen genehmigt werden. Die beiden großen Kirchen und unzählige zivilgesellschaftliche Organisationen fordern seit Jahren vehement eine massive Reduzierung der deutschen Rüstungsausfuhren und ein vollständiges Verbot des Exports sogenannter Kleinwaffen, mit denen weltweit weitaus die meisten Menschen getötet werden.

Trotz alledem bewegen sich die deutschen Rüstungsexporte seit vielen Jahren auf einem unverändert hohen Niveau und immer noch erhalten zahlreiche Staaten mit katastrophaler Menschenrechtslage und trotz Verwicklung in Kriege und Bürgerkriege oder der Unterstützung terroristischer Organisationen Waffen und Rüstungsgüter aus Deutschland.



Dennoch hat sich in den letzten vier Jahren durch eine umfangreiche und kritische Berichterstattung der Medien sowie unzählige öffentliche Veranstaltungen und Aktionen der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« auch einiges zum Positiven verändert. Vor allem dieser Kampagne, einem Zusammenschluss von weit über 100 Gruppen der Friedens- und »Eine-Welt«-Bewegung, kirchlichen Organisationen und Verbänden, entwicklungspolitischen Hilfswerken ist es zu verdanken, dass der politische Druck auf Bundesregierung und Parlament für eine Einschränkung des Waffenhandels deutlich verstärkt werden konnte:

- Durch halbjährliche Berichte der Bundesregierung sowie die Antworten auf zahlreiche Bundestagsanfragen hat sich die Transparenz der deutschen Rüstungsexportpolitik deutlich verbessert.
- Wahrscheinlich auch wegen der massiven öffentlichen Kritik kam eines der umfang- und folgenreichsten Vorhaben, der Export von Leopard-II-Panzern nach Saudi-Arabien, nicht zustande.
- Heckler & Koch, das wahrscheinlich tödlichste Unternehmen Deutschlands (unter anderem G3- und G36-Sturmgewehre), durch dessen Waffenexporte nach 1945 nach Schätzungen über eine Million Menschen getötet oder schwer verletzt wurden, hat auf seiner Hauptversammlung am 15. August 2017 eine deutliche Veränderung seiner Ausfuhrpolitik verkündet. Zukünftig wolle man grundsätzlich nur noch an EU- und NATO-Staaten sowie der NATO gleichgestellte Staaten Waffen liefern und man prüfe die Errichtung eines sogenannten Opferfonds. Zudem solle in NATO und gleichgestellte Staaten nur exportiert werden, wenn sie festgelegte Demokratie-, Korruptions- und Menschenrechtsstandards erfüllen. Damit sei zukünftig der Waffenexport beispielsweise nach Saudi-Arabien, aber auch in die Türkei ausgeschlossen. Diese weitreichende Kehrtwende wurde mit der mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz der bisherigen Firmenpolitik begründet und stellt einen großen Erfolg der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« dar.



Bei der **Diskussionsveranstaltung am 19. September** haben Sie Gelegenheit, mit den Direktkandidatinnen und Direktkandidaten zur Bundestagswahl im hiesigen Wahlkreis über deren jeweilige Einstellung zur deutschen Rüstungsexportpolitik zu diskutieren und von ihnen zu erfahren, was sie persönlich und ihre jeweilige Partei unternehmen möchten, um zu einer nachhaltigen und deutlichen Reduzierung der deutschen Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern beizutragen. Dr. Bernhard Moltmann von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und viele Jahre federführender Autor des gemeinsamen jährlichen Rüstungsexportberichtes der evangelischen und katholischen Kirche wird als wissenschaftlicher Experte an der Diskussion teilnehmen.

Mit Unterstützung von Engagement global (BMZ)
und der Katholischen Erwachsenenbildung Wiesbaden-Untertaunus und Rheingau

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.
Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

VeranstalterInnen:

Evangelische Kirchengemeinde Idstein, Idsteiner Friedensbündnis,
Katholische Pfarrei St. Martin Idsteiner Land, pax christi-Gruppe Idstein



Evangelische
Kirchengemeinde Idstein



Katholische Pfarrei
St. Martin Idsteiner Land



EVANGELISCHE KIRCHE
Dekanat Rheingau-Taunus